



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Immer weiter fallende Baugenehmigungszahlen

Berlin, 18.07.2024. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen zeigt sich schockiert angesichts der weiter fallenden Zahlen der Baugenehmigungen. Die Anzahl der Baugenehmigungen im Neubau im Zeitraum von Januar bis Mai 2024 zum Vorjahreszeitraum sank bei Einfamilienhäusern um 31,5 %, um 15,7 % bei Zweifamilienhäusern und um 21,7 % bei Mehrfamilienhäusern. „Angesichts der aktuellen Baugenehmigungszahlen kann man nur das Scheitern der Wohnungsbaupolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten feststellen. Nichts scheint zu wirken, nichts scheint diesen Absturz aufhalten zu können. Dabei sind die Mittel bekannt, die dem Wohnungsbau die Impulse zum Wachstum geben“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Diese Zahlen stehen für schwierige Marktbedingungen, eine verfehlte Politik und für Unternehmen, die mit dem Rücken zur Wand stehen. Mal ums Mal stellen wir die Brisanz der Lage fest. Es kommt nicht darauf an, dass man etwas tut, sondern dass man das Richtige tut. Unsere mittelständischen Unternehmen benötigen weniger bürokratische Fesseln und ein Vertrauen in ihre Innovationskraft. Uns hemmt das komplizierte Zusammenwirken aus Bund, Ländern und Kommunen. Um hier zu einem Befreiungsschlag zu kommen, braucht es den Willen und ein echtes Umdenken. Eins steht fest: Mit dem Tempo und der Konsequenz, mit der wir diese gesellschaftliche Herausforderung bisher angegangen sind, werden wir nicht weiterkommen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird zunehmen und wir verlängern und verlagern das Problem immer weiter in die Zukunft.

Die Deregulierung der Immobilienbranche verursacht dem Staat keine Kosten und kurbelt den Wohnungsbau an. Rund 30 Prozent aller Baukosten entstehen durch staatliche Regulierung. Bei der Deregulierung haben sich Bund und Länder bereits auf einen Pakt für Planungsbeschleunigung verpflichtet. Die Vereinbarung gilt es nun in die Tat umzusetzen. Aufgrund der aktuellen Überregulierung braucht es jedoch kurz- und mittelfristig eine verlässliche Fördersystematik, die nicht zuletzt auch zur Bildung von Wohneigentum beiträgt“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.